Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Inseratenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Zeitrab- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk. / In die Postausgabe Aufschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift % Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 79 | Sonnabend den 5. April 1919 | 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Bezug von elektrischem Kraftstrom.

Die Entnahme von Kraftstrom ist von Montag den 7. d. Mts. ab ohne Ausnahme wie folgt gestattet:

Vormittags: an allen Werktagen von 6—12 Uhr.
Nachmittags: Montags, Mittwochs und Freitags ½2 bis 6 Uhr; Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von ½2 bis 4 Uhr.

Diese Zeiten sind unbedingt einzuhalten. 1981

Wilsdruff, am 4. April 1919. **Der Stadtrat.**

Sonnabend bei Humpisch gelbe Lebensmittelkarte Nr. 1761—2385 **je 100 Gramm Bücklinge** für 40 Pfg. 1984

Wilsdruff, am 4. April 1919. **Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.**

Die Zukunft der sächsischen Volksschule.

Die Flammen umhüllen Europa!

Lloyd Georges verderbliche Politik.

London, 3. April.

Die radikale englische Zeitschrift „Nation" veröffentlicht einen viel beachteten Artikel, in dem es heißt:

Wir stehen am Vorabend eines zweiten großen Krieges. Die Flammen umhüllen bereits Europa, und doch würden die Brandstifter wie Churchill und Pichon sie gern höher schlagen sehen. Es hätte ein gemeinschaftlicher Versuch unternommen werden sollen, um den Brand einzudämmen, er hätte vor allem von Lloyd George ausgehen können, wenn er von vornherein die Partei Wilsons gewählt und die englisch-amerikanische Politik auf die Grundlage eines Versöhnungsfriedens gestellt hätte. Wenn er Frankreich und Italien aufgefordert hätte, diese Partei zu wählen und die weitere Bündnisgenossenschaft davon abhängig gemacht hätte, dann wäre alles in Ordnung gekommen. Zweifellos sieht Lloyd George jetzt den Ruin, den die eingeschlagene Politik bringen wird, und wurde gern Wilsons Partei wählen, um dem Unheil zuvorzukommen. Der Artikel betont, daß nur die Arbeiterpartei helfen könne. Sie habe sich bereits gegen die Pläne einer Intervention in Rußland gewendet. Bichons Rede habe gezeigt, daß der Kampf begonnen habe, und man könne voraussehen, wie er endigen werde.

Streiklage und Unruhen.

Das Ruhrgebiet.

Die unverkennbare Ausdehnung der Arbeitsniederlegung der Bergarbeiter hat auch bis Donnerstag den Charakter eines Generalstreiks nicht angenommen.

Bestreikt wird jetzt auch in den Bezirken Hamborn, Oberhausen, Mülheim und Duisburg. Der Ausstand beschränkt sich aber in diesen Bezirken vorläufig auf 140 Zechen. Von 157 000 Arbeitern sind in diesem Gebiet 102 000 nicht zur Arbeit erschienen. Unruhen und größere Fälle von Sabotage sind bisher nicht gemeldet worden.

In Bochum soll die Zeche „Prinzregent", die die Energie für 17 andere Zechen liefert, von den spartakistischen Elementen stillgelegt werden. Das würde zur Folge haben, daß diese Zechen ersaufen würden. Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet, die am 28. März noch 123 484 Tonnen betragen hat, ist um nahezu die Hälfte zurückgegangen. Genaue Zahlen über die letzten Tage liegen nicht vor. Die begonnenen Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Auch in den Werken von Krupp ist ein Teilausstand ausgebrochen. Die Streikenden verlangen bedeutende Lohnerhöhungen. Bei der Firma Thyssen u. Co. sind die gesamten Angestellten, nachdem die Firma Gehaltsforderungen abgelehnt hatte, in den Ausstand getreten. Die Arbeiterschaft verübt passive Resistenz. Das ganze Werk liegt still.

Sollen die Schächte ersaufen?

Aus Bochum wird ein unglaublicher Beschluß gemeldet, den man vorläufig nur unter Vorbehalt wiedergeben kann. Es heißt in der Meldung:

Die radikale Gruppe unter den Bergleuten behält Oberwasser. In einer Versammlung von Delegierten aus dem mittleren Ruhrkohlengebiet wurde beschlossen, am 10. April auch die Notstandsarbeiten einzustellen.

Damit würden die Schächte ersaufen, d. h. voll Wasser laufen, was ein jahrelanges Stilliegen der Gruben bedeutete.

Nach Nachrichten aus Essen dehnt sich der Streik noch aus. Man wird wohl überall mit Gewalt die Sechsstundenschicht durchsetzen. Bei einzelnen Gruben macht sich wieder Gewaltanwendung bemerkbar, besonders im Dortmunder und Herner Bezirk. Ein Teil der Belegschaften will arbeiten, kann aber nicht, weil die Schächte vom Arbeiterrat besetzt sind.

Verbesserung der Ernährung.

Der aus Dortmunder Arbeitern bestehenden Kommission, die dem Ernährungsminister Schmidt in Berlin die traurige Ernährungslage im Industriegebiet vorgetragen hat, sind im Ministerium folgende Zusicherungen gemacht worden: „Die bisherigen Rationen bleiben bestehen. Außerdem werden von den durch das Brüsseler Abkommen gelieferten Lebensmitteln pro Woche und Kopf 125 Gramm Speck und 50 Gramm Fett geliefert. Voraussetzung für die Belieferung ist, daß in den zu beliefernden Gebieten gearbeitet wird.

Streikzusammenbruch in Württemberg.

In Stuttgart ist die Regierung Herr der Lage. Eine Anzahl spartakistischer Führer wurden verhaftet. Sämtliche Stuttgarter Truppen stehen treu zur Regierung. Man darf hoffen, daß alsbald in einer Reihe von Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Die Regierung erließ eine Kundgebung, in der gesagt wird, daß der Generalstreik plötzlich zusammengebrochen sei. Die Bevölkerung wird zum Abbruch des Bürgerstreiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Gegen die Widerstrebenden soll das Gesetz mit aller Schärfe angewandt werden.

Nach amtlichen Berichten ist es am Mittwoch im Stuttgarter Vorort Ostheim und in Cannstatt zu Kämpfen gekommen. In Ostheim ist eine Patrouille von acht Mann überfallen worden. Ein Mann blieb mit durchschnittener Kehle tot liegen, ein zweiter wurde durch Augenschuß schwer verletzt; sein Zustand ist hoffnungslos. Die anderen sechs Mann sind spurlos verschwunden. In Untertürkheim konnten sich die Spartakisten eines Lagers von Handgranaten bemächtigen und dadurch in Cannstatt mehrfache Kämpfe liefern. Eine Patrouille wurde dort angegriffen und ihr Führer schwer verletzt, später auch ein Panzerautomobil, wobei es Tote und Verwundete gab, außerdem eine fahrbare Feldküche. Begleitmannschaft die Angreifer abschlug.

Meuterei und Entwaffnung des Regiments Augusta.

Berlin. Der Anordnung der Reichsregierung zur Umwandlung des Regiments Augusta in eine Reichswehrbrigade widersetzte sich das Regiment, da es nicht dem Garde-Kavallerie-Schützen-Korps unterstellt werden wollte, und meuterte. Darauf wurde das Regiment von Truppen des Korps in der Kaserne umzingelt und kurzerhand entwaffnet.

Der Angestelltenausstand in Berlin.

An dem Ausstand der technischen und kaufmännischen Angestellten in der Metallindustrie sind über 35000 Angestellte der verschiedenen Kategorien beteiligt. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers und des Demobilmachungskommissars begannen Verhandlungen, die ohne behördliche Einmischung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, also zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Bund der Technisch-Industriellen Beamten geführt wurden.

Fünf Millionen Schaden in Frankfurt a. M.

Der Schaden, der durch die Plünderungen in den letzten Tagen entstand, wird auf vier bis fünf Millionen Mark geschätzt. Der Marine-Sicherheitsausschuß nimmt umfassende Hausuntersuchungen vor. Viele Verhaftungen dürfen vorgenommen. Die Stadt weigert sich, den Schaden zu tragen und verweist auf das Reich, das in diesem Falle eintreten müßte.

Mannheim vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Mannheim. Die städtischen Finanzen nähern sich einer Katastrophe. Der Oberbürgermeister erklärte nämlich im Bürgerausschuß, man werde übers Jahr fühlen, daß wir ärmer sind als nach dem Dreißigjährigen Kriege. Der städtische Haushalt ist mit jährlich über drei Millionen Mark Schuldenzinsen belastet.

Die Zukunft der sächsischen Volksschule.

Im Gesetzgebungsausschuß ist, wie man uns schreibt, ein Beschluß von weittragender Bedeutung gefaßt worden. Es wurde über den sozialdemokratischen Antrag zwecks Erlassung eines Notgesetzes zur Erledigung dringender Schulfragen verhandelt. Allgemein wurde dem Antrage zugestimmt, eine allgemeine Volksschule mit Schulgeldfreiheit zu schaffen; nur über den Zeitpunkt der Durchführung dieses Beschlusses war man sich nicht einig. Außerordentlich aber traten die Gegensätze hervor bei dem Antrage beider sozialdemokratischen Fraktionen auf Abschaffung der konstitutionellen Volksschule. Er wurde gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen. Ferner wurde folgender Antrag beider sozialdemokratischen Fraktionen zum Beschluß erhoben:

Aller Unterricht ist Gesinnungsunterricht. Religionsunterricht wird in der allgemeinen Volksschule nicht erteilt, vielmehr findet in den letzten beiden Schuljahren eine sittliche Unterweisung von wöchentlich zwei Stunden statt.

Gegen diesen Antrag legten sämtliche bürgerlichen Parteien geschlossen die energischste Verwahrung ein. Sie erblicken in ihm die Erhebung des sozialdemokratischen Dogmas zum Zwangsfach und bezeichnen ihn als Vergewaltigung aller Staatsangehörigen, die ihre Kinder nicht im sozialdemokratischen Geiste erziehen lassen wollen. Es sei geistiger Terror, der um so schlimmer sei, als die Privatschulen verboten werden sollten. Die bürgerlichen Parteien machten beide sozialdemokratischen Fraktionen auf die ungeheuere Verantwortung aufmerksam, die sie durch diese Beschlüsse auf sich nehmen, und lehnten ihrerseits jegliche Verantwortung ab. Vor allen Dingen fällt die Eile auf, mit der die sozialdemokratischen Parteien so weitgehende Beschlüsse durchsetzen wollen, ehe die Nationalversammlung in Weimar sich geäußert hat.

Wilhelm II. und seine Generale.

Die Kriegsschuld Rußlands.

Ein englischer Journalist ist nach seiner Schilderung kürzlich von Wilhelm II. in Amerongen empfangen worden. Wie dieser Pressevertreter ausdrücklich berichtet, sei der Kaiser von seiner vollkommenen Unschuld überzeugt und erkläre, daß er sein möglichstes getan habe, um den Krieg zu verhindern. Rußland und die Diplomaten aller kriegführenden Staaten seien am Ausbruch des Weltkrieges schuld. Der Kaiser hat sich besonders erbittert gegen Rußland ausgesprochen. Er habe ferner erklärt, daß er sich lieber das Leben nehmen als vor einem internationalen Gerichtshof erscheinen würde. Nicht aus Angst vor dem Urteil, sondern weil er dies mit seiner Würde nicht vereinbaren könne. Der Kaiser erklärte weiter, seine Generale hätten ohne seine Zustimmung während des Krieges gemacht, was sie wollten. Niemals habe er Einblick in die strategischen Pläne erhalten; nie habe er den wahren Gang der Dinge gewußt. So sei z. B. die Hinrichtung der Miß Cavell durch einen betrunkenen General befohlen worden. Daraufhin habe er, der Kaiser, befohlen, daß keine Frau ohne seine persönliche Genehmigung hingerichtet werden dürfe.

Eine verlorene Generation.

Die Verwahrlosung der Jugend.

Unter den entsetzlichen Folgen des verlorenen Krieges ist die fortgesetzt steigende Kriminalität wohl eine der unheimlichsten Erscheinungen der Gegenwart. Diebstähle, Einbrüche, Raub und Totschlag sind an der Tagesordnung, die Gefängnisse sind überfüllt, und die Fälle, daß wegen einer geringen Summe Geldes, ja wegen einiger Lebensmittel Morde verübt oder Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden, häufen sich in erschreckender Weise. Das menschliche Leben ist minderwertig geworden. Die Verrohung der Gemüter, die Abstumpfung des Gewissens hat die Zahl der Mörder in der Großstadt, aber auch auf dem flachen Lande vermehrt wie noch nie. Skrupellos werden Menschenleben beseitigt, wenn hinter ihnen die Aussicht auf den Genuß einiger toller Nächte steht, und nicht wenige Fälle der überreichen Mordchronik fallen durch die geringfügige Beute auf, die genügte, um den Mordplan zum Reifen zu bringen. Am traurigsten ist dabei die Tatsache, daß die Zahl der Eigentumsvergehen, Einbrüche und räuberischen Überfälle, die von Jugendlichen begangen werden, in einem so gewaltigen Maße zunimmt. Ein hoher richterlicher Beamter, der berufsmäßig Gelegenheit hat, die entsetzlich steigende Kriminalität im allgemeinen und die der Jugendlichen im besonderen wahrzunehmen, hat sich hierüber in sehr bemerkenswerter Weise geäußert.

„Daß heutzutage die Verbrechen so zahlreich und so leichtfertig begangen werden", sagte er, „ist auf das Überhandnehmen der Elemente der Unordnung zurückzuführen. Die Gesetze finden wenig Beachtung, die Verordnungen werden ohne Scheu übertreten, selbst die Strafen sind keine Drohung, die die Verbrecher abhält, ihre dunklen Pläne auszuführen, wenn ihnen dabei ein Gewinn oder Vorteil winkt. Es braucht gar kein hoher Gewinn zu

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF